



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 4. Juli 2012

Aus Berlin

Lob und Kritik für geplante Vorsorgeuntersuchungen an Schulen

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hatte den Ländern vorgeschlagen, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche in Schulen einzuführen. Diese Möglichkeit haben Verbände, darunter die Ärztekammer Berlin, der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung und der Hartmannbund begrüßt: Sie seien eine sinnvolle Alternative zu den immer wieder diskutierten U-Untersuchungen. Auf diesem Wege sei die Vorbeugung bei jungen Menschen in sinnvollem Umfang gewährleistet, sagte Dr. Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Ärzteverbandes. Anders sieht das der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ). Er habe nichts gegen Beratung in Schulen, wenn Länder und Kommunen dies finanzierten, erklärte der Vorsitzende, Dr. Wolfram Hartmann. Er sei aber strikt dagegen, dass Vorsorgeuntersuchungen in die Schulen verlegt würden. ([Deutsches Ärzteblatt Online, 3. Juli](#), [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 3. Juli](#))

Ärzte-Korruption: Bahr will rechtliche Schritte prüfen

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hat die Prüfung möglicher Sanktionen gegen Ärzte wegen Korruption angekündigt. Der Bundesgerichtshof hatte geurteilt, dass sich Ärzte nicht wegen Bestechlichkeit strafbar machen, wenn sie Geschenke von Pharma-Unternehmen entgegennehmen. Das Urteil müsse nun gründlich ausgewertet werden, sagte Bahr. Die KBV hatte das Urteil in einer [Presseerklärung](#) begrüßt. Diese Entscheidung stärke die ärztliche Freiberuflichkeit, sagte der Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler. (Agenturmeldung, 28. Juni)

SPD: Hebammen-Policen sollen sich an gesetzlicher Unfallversicherung orientieren

Die SPD hat Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) aufgefordert, die Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen neu zu regeln. Zum 1. Juli steigen die Jahresprämien, die Hebammen für ihre Berufshaftpflicht zahlen müssen, von derzeit durchschnittlich fast 3.700 Euro um weitere 15 Prozent auf mehr als 4.200 Euro. Betroffen sind vor allem jene etwa 3.000 freiberuflichen Hebammen, die die klassische Geburtshilfe anbieten. Seit Monaten verhandeln Hebammenverbände und Krankenkassen bisher ergebnislos um einen Ausgleich der Prämiensteigerungen. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, schlug vor, die Höhe der Hebammen-Policen künftig an der gesetzlichen Unfallversicherung auszurichten. ([Deutsches Ärzteblatt Online, 2. Juli](#))

Mammografie-Screening: Bundesamt prüft Nutzen

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) lässt das Mammografie-Screening-Programm zur Früherkennung von Brustkrebs in Deutschland von der Universität Münster in einer Studie überprüfen. Untersucht werden soll, wie wirksam die Röntgenuntersuchung die Brustkrebssterblichkeit verringert. „Der Nutzen des Programms muss größer sein als die möglichen Risiken“, erklärte BfS-Experte Wolfgang Weiss. Zielgruppe des Mammografie-Screenings sind

Frauen ab 50 bis 69 Jahre. Sie können das Vorsorgeangebot alle zwei Jahre in Anspruch nehmen. ([Spiegel Online, 3. Juli](#))

Aus KBV und KVen

Antrag gescheitert: Praxisgebühr bleibt

Der Vorstoß einer Reihe von Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) für das Ende der Praxisgebühr hat sich nicht ausgezahlt. Ein entsprechender Antrag von 10 der 16 Länder wurde auf der Gesundheitsministerkonferenz in Saarbrücken abgelehnt. Um das Thema vor den Bundestag zu bringen, hätte es 13 Stimmen gebraucht. Eine vorschnelle Streichung der Praxisgebühr lehnte Jürgen Graalman, Chef des AOK-Bundesverbandes, ab. Die Praxisgebühr sei eingeführt worden, um Patientenströme zu lenken. Daran müsse zwingend festgehalten werden. (Agenturmeldung, 27. Juni)

Medizinische Versorgung in Sachsen-Anhalt gestärkt

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Sachsen-Anhalt wird in Zukunft im Kampf gegen den Ärztemangel mit dem Altmarkkreis Salzwedel kooperieren. Damit verfolgen beide Seiten das Ziel, jungen Ärzten attraktive Rahmenbedingungen für eine Niederlassung zu schaffen und auf die intakte Infrastruktur hinzuweisen. Niederlassungswillige Ärzte sollen durch eine wirtschaftliche Förderung und bei der Suche nach geeigneten Standorten unterstützt werden. Die wohnortnahe ärztliche Versorgung sei für den Landkreis ein wichtiger Standortfaktor, hieß es von beiden Seiten. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KV Sachsen-Anhalt und des Altmarkkreises, 3. Juli](#))

Neues Versorgungsangebot in Thüringen gestartet

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Thüringen will zusammen mit der AOK Plus die Betreuung von Patienten mit kardiovaskulären Erkrankungen verbessern. Dafür sollen ärztliche Versorgungsverbände ins Leben gerufen werden. Die enge Zusammenarbeit von Hausärzten und Kardiologen soll Doppeluntersuchungen und Krankenhausaufenthalte für Patienten vermeiden sowie abgestimmte Arzneimitteltherapien ermöglichen. Nach aktuellen Hochrechnungen könnten dadurch über 10.000 Versicherte mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen besser behandelt werden, hieß es aus der KV. ([Pressemitteilung der KV Thüringen, 29. Juni](#))

KV Berlin stellt Sachstand zur Begehung von operierenden Praxen richtig

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin hat klargestellt, dass sie die generelle Begehung von Praxen mit OP-Genehmigung nicht fordert – anders als in der [Ärzte Zeitung vom 2. Juli 2012](#) dargestellt. Es habe bei der Vertreterversammlung der KV lediglich den Vorschlag gegeben, operierende Praxen auch ohne Anzeichen von Fehlverhalten zu begehen. Ob das sinnvoll ist, sei am Ende die Frage geblieben, hieß es aus der KV. Hintergrund: Die Qualitätssicherungsrichtlinien in der vertragsärztlichen Versorgung sehen kontinuierliche Kontrollen auch für Praxen mit OP-Genehmigung vor. Ergeben sich aus diesen Kontrollen Hinweise auf nicht ordnungsgemäße OPs, kann die Arztpraxis vor Ort überprüft werden. ([Pressemitteilung der KV Berlin, 3. Juli](#))

Aus den Verbänden

Landesgruppe des NAV-Virchow-Bundes kritisiert Urteil zur eGK

Mit Unverständnis hat die Landesgruppe Nordrhein des NAV-Virchow-Bundes auf die jüngste Entscheidung des Sozialgerichts Düsseldorf zur elektronischen Gesundheitskarte (eGK) reagiert. Die Richter hatten die Klage eines Versicherten abgewiesen, der datenschutz- und verfassungsrechtliche Bedenken gegen die eGK geltend machen wollte. „Auch wir befürchten, dass die eGK der Schlüssel für die künftige technische Vernetzung von Ärzten, Krankenhäusern

und Apotheken über zentrale Server ist“, sagte Landesgruppenvorsitzender Dr. Helmut Gudat. Das Gericht urteilte: Die auf der Karte enthaltenen Pflichtangaben seien unbedenklich und verletzen den Kläger nicht in seinem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Kläger will gegen das Urteil Berufung einlegen. ([Pressemitteilung der Landesgruppe Nordrhein des NAV-Virchow-Bundes, 4. Juli](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 663.000

663.000 Kinder sind im Jahr 2011 in Deutschland lebend geboren worden. Das waren 15.000 Kinder weniger als im Jahr 2010 (-2,2 Prozent), wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Damit ist die Zahl der Geburten auf den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik gesunken. ([Statistisches Bundesamt, 2. Juli](#); [Welt Online, 4. Juli](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------|---|
| 04.07.2012 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 11 Uhr |
| 09.07.2012 | Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin, 18.15 – 19.45 Uhr |
| 11.07.2012 | Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt
Magdeburg, 15.30 Uhr |
| 25.07.2012 | Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 14 Uhr |

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 4005-2202
Fax: 030 4005-2290
E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>